

Global Wage Report



International
Labour
Organization

DATENBLATT DEUTSCHLAND 2010/11

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu verheerenden Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt geführt: Die weltweite Arbeitslosigkeit hat mit 210 Millionen Menschen ein neues Rekordniveau erreicht, und das Wachstum der Löhne und Gehälter hat sich gegenüber dem Vorkrisenniveau halbiert. Der *Global Wage Report 2010/11*¹ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) dokumentiert diese Auswirkungen der Krise für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit. Dieses Datenblatt ergänzt den *Global Wage Report 2010/11* mit detaillierteren Angaben für Deutschland und andere entwickelte Länder.

Im internationalen Vergleich hat Deutschland die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise für den Arbeitsmarkt äußerst erfolgreich bewältigt. Der *Global Wage Report 2010/11* führt dies auf den intelligenten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente und den gut funktionierenden Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zurück.² Während in anderen Ländern in großem Umfang Arbeitsplätze verloren gegangen sind, haben Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beschäftigung in Deutschland auch im Krisenjahr 2009 praktisch stabil gehalten und stattdessen auf eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit gesetzt. Der *Global Wage Report 2010/11* würdigt in diesem Zusammenhang insbesondere den Einsatz von Arbeitszeitkonten und die gesetzlichen Verbesserungen bei der Kurzarbeit, die dem deutschen Arbeitsmarkt die nötige Flexibilität ermöglicht haben.³

Die durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen deutscher Arbeitnehmer sind unterdessen nur leicht unter das Vorkrisenniveau zurückgefallen. Preisbereinigt lagen sie 2009 mit 2.154 Euro nur um 1,0 Prozent unter dem Stand von 2007 (2.175 Euro). Dies ist in erster Linie dem Rückgang der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit geschuldet; die durchschnittlichen Stundenverdienste stiegen um 2,4 Prozent von 19,28 Euro (2007) auf 19,75 Euro (2009).⁴ Dieser Effekt ist darauf zurückzuführen, dass Monatsverdienste nicht proportional zur Arbeitszeit gesunken sind (u. a. weil Arbeitgeber insbesondere in der Metall- und Chemiebranche das Kurzarbeitergeld auf

¹ International Labour Office (2010), *Global Wage Report 2010/11: Wage policies in times of crisis* (Genf, 2010). Online unter <http://www.ilo.org/travail/lang--en/index.htm> erhältlich.

² Siehe *Global Wage Report 2010/11*, Seite 56ff. der englischen Ausgabe.

³ Siehe *Global Wage Report 2010/11*, Box 6 (Seite 58 der englischen Ausgabe); Siehe auch Jon C. Messenger, *Work sharing: A strategy to preserve jobs during the global jobs crisis*. TRAVAIL Policy Brief No.1 (ILO Genf, 2009).

⁴ Statistisches Bundesamt (Quellenangaben siehe Abbildung 2); Verbraucherpreisindex 2005 = 100.

bis zu 90 Prozent des vorherigen Nettogehalts aufgestockt haben).⁵ In den ersten drei Quartalen des Jahres 2010 fielen allerdings sowohl die Monats- als auch die Stundenverdienste weiter zurück (inflationsbereinigt auf 2.113 Euro im Monat bzw. 19,13 Euro in der Stunde).⁶

Neben den Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf die Löhne beschäftigt sich der *Global Wage Report 2010/11* auch mit den längerfristigen Entwicklungen. Weltweit sind die Löhne und Gehälter innerhalb des vergangenen Jahrzehnts insgesamt um ein knappes Viertel gestiegen.⁷ Von diesem positiven Trend setzen sich jedoch insbesondere die entwickelten Länder ab, in denen die durchschnittlichen Bruttoverdienste aller Arbeitnehmer bis 2009 nur um 5,2 Prozent über das Niveau von 1999 gestiegen sind.⁸ Das Lohn- und Gehaltswachstum war in den entwickelten Ländern mit nur 0,9 Prozent (2006) und 0,8 Prozent (2007) selbst in den konjunkturstarken Jahren vor der Krise ausgesprochen bescheiden und hinkte der positiven wirtschaftlichen Entwicklung deutlich hinterher. Im Krisenjahr 2008 fielen Löhne und Gehälter in den entwickelten Ländern um –0,5 Prozent, bevor sie sich im Jahr 2009 mit einem Mini-Wachstum von 0,6 Prozent leicht erholten.⁹

Dieses für Arbeitnehmer enttäuschende Ergebnis ist insbesondere der Entwicklung in den drei größten Industrieländern – den Vereinigten Staaten, Japan und Deutschland – geschuldet (siehe Grafik 1). Während die Arbeitnehmerverdienste in den Vereinigten Staaten von 2000 bis 2009 inflationsbereinigt um moderate 2,2 Prozent stiegen, fielen sie in Japan um 1,8 Prozent und gingen in Deutschland um insgesamt 4,5 Prozent zurück. Nominal stiegen die durchschnittlichen Monatsverdienste in Deutschland in diesem Zeitraum zwar um +10,2 Prozent, was jedoch unter der Steigerung der Verbraucherpreise von +15,4 Prozent im gleichen Zeitraum lag, so dass den Arbeitnehmern unter dem Strich ein Minus bleibt. Deutlich positiver war die Entwicklung in nordeuropäischen Ländern wie Finnland (inflationsbereinigtes Wachstum: +22,0 Prozent) und Schweden (+14,4 Prozent), aber auch in der Republik Korea (+18,3 Prozent), Australien (+15,5 Prozent), Großbritannien (+14,0 Prozent), Neuseeland (+13,4 Prozent) und Singapur (+11,2 Prozent). Länder in Asien und Osteuropa wiesen teilweise noch deutlich höhere Reallohnsteigerungen auf.¹⁰

Neben den moderaten Tarifabschlüssen der vergangenen Jahre sind die Ausweitung des Niedriglohn-Sektors und die Zunahme von atypischen Beschäftigungsformen¹¹ – wie Zeitarbeit und 400-Euro-Jobs – wesentliche Gründe für das schlechte Abschneiden

⁵ Siehe *Global Wage Report 2010/11*, Box 6 (Seite 58 der englischen Ausgabe).

⁶ Nicht saisonbereinigt; Quellenangaben siehe bei Abbildung 3.

⁷ Siehe *Global Wage Report 2010/11*, Seite 15 der englischen Ausgabe.

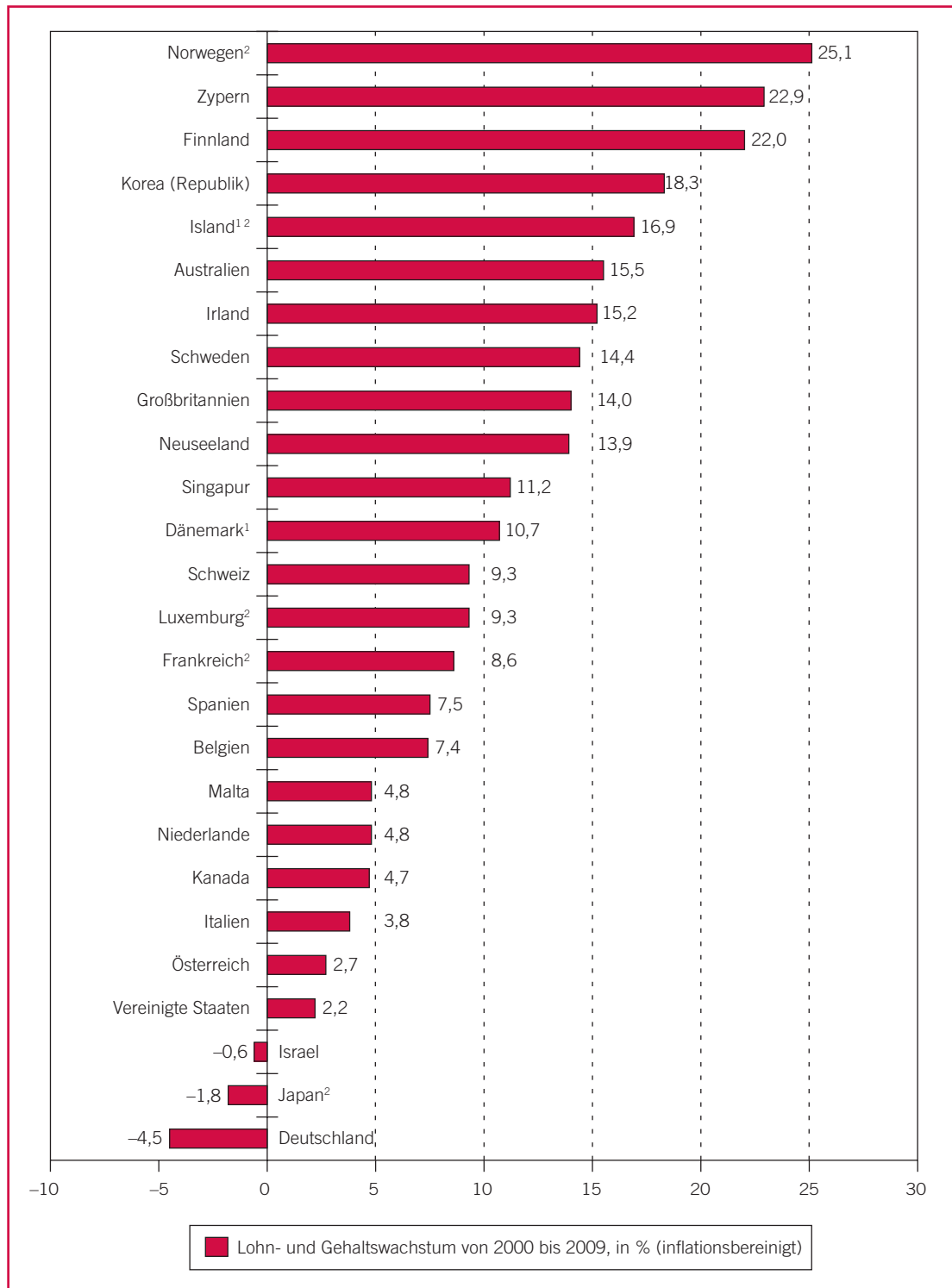
⁸ Zu den Regionalgruppierungen siehe *Global Wage Report 2010/11*, Seite 84 f. der englischen Ausgabe.

⁹ Alle Angaben beziehen sich auf das reale Lohnwachstum, d. h. inflationsbereinigt.

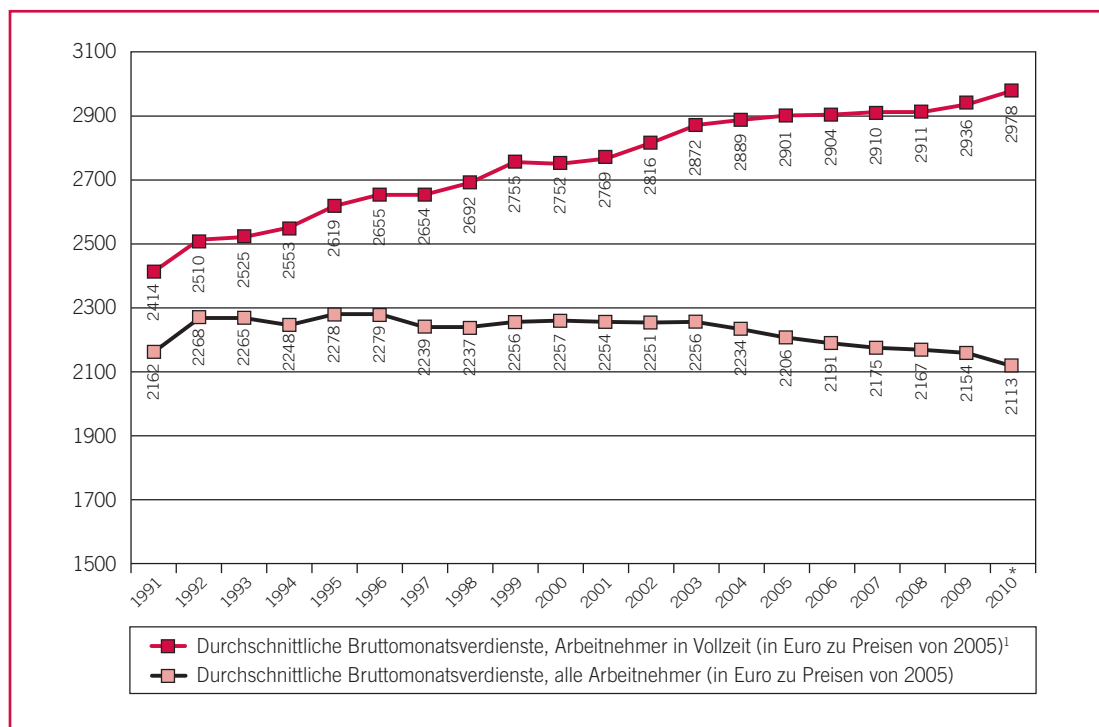
¹⁰ Siehe *Global Wage Report 2010/11*, Seite 15 der englischen Ausgabe.

¹¹ Unter atypischer Beschäftigung werden nach Definition des Statistischen Bundesamtes alle abhängigen Beschäftigten verstanden, die eines oder mehrere der folgenden Merkmale aufweisen: Befristung; Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden; Zeitarbeitsverhältnis; geringfügige Beschäftigung. Die Zahl der Menschen in atypischer Beschäftigung ist in Deutschland von 5,29 Millionen im Jahr 1998 auf 7,72 Millionen im Jahr 2008 angestiegen, während gleichzeitig die Zahl der Normalarbeitnehmern von 23,71 Millionen (1998) auf 22,93 Millionen (2008) gesunken ist. Siehe Statistisches Bundesamt, *Niedrigeinkommen und Erwerbstätigkeit* (Wiesbaden, 2009), Seite 8.

**Abbildung 1. Lohn- und Gehaltsentwicklung in 26 entwickelten Ländern, 2000 bis 2009
(kumuliertes Wachstum in %, inflationsbereinigt)**



Anmerkungen: 1) Bezieht sich nur auf den Privatsektor (ohne öffentlichen Dienst). 2) Bezieht sich nur auf Vollzeitbeschäftigte. Für Portugal und Griechenland lagen bei Redaktionsschluss des *Global Wage Report 2010/11* noch keine Daten für 2009 vor. Basisjahr ist 2000; alle Angaben sind inflationsbereinigt. Quelle: ILO Global Wage Database 2010/11, auf Grundlage von Angaben der nationalen statistischen Ämter.

Abbildung 2. Entwicklung der Bruttomonatsverdienste in Deutschland, 1991-2010* (inflationsbereinigt)

* Erstes bis drittes Quartal 2010, nicht saisonbereinigt.

Anmerkung: 1) Im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor, ohne Sonderzahlungen. Inflationsbereinigt (Verbraucherpreisindex, 2005 = 100).
 Quelle: Statistisches Bundesamt, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnungen, Lange Reihen ab 1970* (Fachserie 18, Reihe 1.5) (Wiesbaden, August 2010), Tabelle 1.13; Statistisches Bundesamt, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnungen, Vierteljahresergebnisse* (Fachserie 18, Reihe 1.2) (Wiesbaden, August 2010), Tabelle 1.3; Statistisches Bundesamt, *Entwicklung der Bruttoverdienste, Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste* (Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer); Statistisches Bundesamt, *Verdienste und Arbeitskosten, Arbeitnehmerverdienste* (Fachserie 16, Reihe 2.1) (Wiesbaden, diverse Ausgaben 2010); Statistisches Bundesamt, *Preise, Verbraucherpreise für Deutschland, Lange Reihen ab 1948* (Wiesbaden, Oktober 2010); Statistisches Bundesamt, *Preise, Verbraucherpreisindizes für Deutschland* (Fachserie 17, Reihe 7) (Wiesbaden, November 2010).

Deutschlands. So liegen die Stundenverdienste atypisch Beschäftigter nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund ein Drittel unter denen von Normalarbeitnehmern.¹² Hinzu kommt eine geringere Wochenarbeitszeit, so dass die Monatsverdienste atypisch Beschäftigter deutlich unter denen von Normalarbeitnehmern liegen. Der höhere Anteil von atypisch Beschäftigten führt dazu, dass die durchschnittlichen Monatsverdienste aller Arbeitnehmer im Jahr 2009 mit 2.154 Euro brutto im Monat deutlich unter dem Niveau der 1990er Jahre lagen (zu Preisen von 2005; siehe Abbildung 2). Zahlen für die ersten drei Quartale des Jahres 2010 zeigen, dass sich der Trend der Vorjahre verstetigt hat und die Bruttomonatsverdienste abermals auf nunmehr 2.113 Euro gefallen sind (nicht saisonbereinigt). Die rückläufige Lohn- und Gehaltsentwicklung ist damit die Kehrseite des erfreulichen Beschäftigungssaldos Deutschlands.

Positiver ist die Entwicklung, wenn nur Arbeitnehmer in Vollzeitbeschäftigung im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor betrachtet werden (siehe Abbildung 2). Für diese Gruppe haben sich die Bruttomonatsverdienste inflationsbereinigt von

¹² Ebenda.

2.752 Euro im Jahr 2000 um 6,7 Prozent auf 2.936 Euro (2009) erhöht. Das Nominalwachstum (also nicht inflationsbereinigt) lag im gleichen Zeitraum bei +23,1 Prozent. Auch in den ersten drei Quartalen des Jahres 2010 gab es für die Vollzeitbeschäftigten – im Unterschied zum Rückgang der Monatsverdienste aller Beschäftigten – wieder ein leichtes Lohnplus auf nunmehr 2.978 Euro (nicht saisonbereinigt).

Eine wichtige Vergleichszahl für die Lohn- und Gehaltsentwicklung ist die Arbeitsproduktivität, also die Wertschöpfung je Erwerbstätigen oder je geleisteter Arbeitsstunde: Steigen die Löhne schneller als die Arbeitsproduktivität, verlieren Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit; steigen die Löhne langsamer, nehmen die Arbeitnehmer nicht voll am wirtschaftlichen Erfolg teil. Der *Global Wage Report 2010/11* streicht den generell positiven langfristigen Zusammenhang von Produktivitäts- und Lohnentwicklung heraus, und weist auf das in allen Weltregionen positive Produktivitätswachstum in den Jahren vor der Krise hin.

Auch für Deutschland zeigen die Zahlen ein deutliches Wachstum der Arbeitsproduktivität zwischen 2000 und 2008, das den positiven Trend der 1990er Jahre fortschreibt (siehe Abbildung 3). Dieser Trend zeigt sich unabhängig davon, ob die Wertschöpfung pro Erwerbstätigen (erstes Panel in Abbildung 3) oder pro geleisteter Arbeitsstunde (rechtes Panel) betrachtet wird. Das Produktivitätswachstum seit dem Jahr 2000 hat sich jedoch nicht in steigenden Monatslöhnen aller Arbeitnehmer¹³ niedergeschlagen und nur kurzzeitig zu einem leichten Anstieg der Stundenlöhne geführt.

Wie in anderen Ländern auch ist die Produktivität in Deutschland im Krisenjahr 2009 deutlich gefallen, da bei praktisch gleich bleibender Beschäftigung die Wirtschaftsleistung um 4,7 Prozent zurückgegangen ist.¹⁴ Mit der wieder anziehenden Konjunktur hat sich dieser Effekt im Jahr 2010 umgekehrt: Die Arbeitsproduktivität ist sowohl auf Personen- als auch auf Stundenbasis wieder deutlich gestiegen und lag in den ersten drei Quartalen nur noch knapp unter dem Vorkrisenniveau. Gleichzeitig sind sowohl die Monats- als auch die Stundenbruttoverdienste weiter gefallen und erreichten in den ersten drei Quartalen des Jahres 2010 inflationsbereinigt den niedrigsten Stand seit 2000.¹⁵

Die Abkopplung der Löhne und Gehälter von der Produktivitätsentwicklung hat in Deutschland zu einem merklichem Rückgang der Lohnquote geführt – also des Anteils der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen –, und parallel zu einem Anstieg des Anteils der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Der *Global Wage Report 2010/11* dokumentiert eine ähnliche Entwicklung in einer Reihe von OECD-Ländern im Zeitraum von 2000 bis 2007, wobei der Rückgang neben Deutschland auch in Luxemburg, Norwegen, Polen und der Slowakei besonders ausgeprägt ist.¹⁶ Dieser

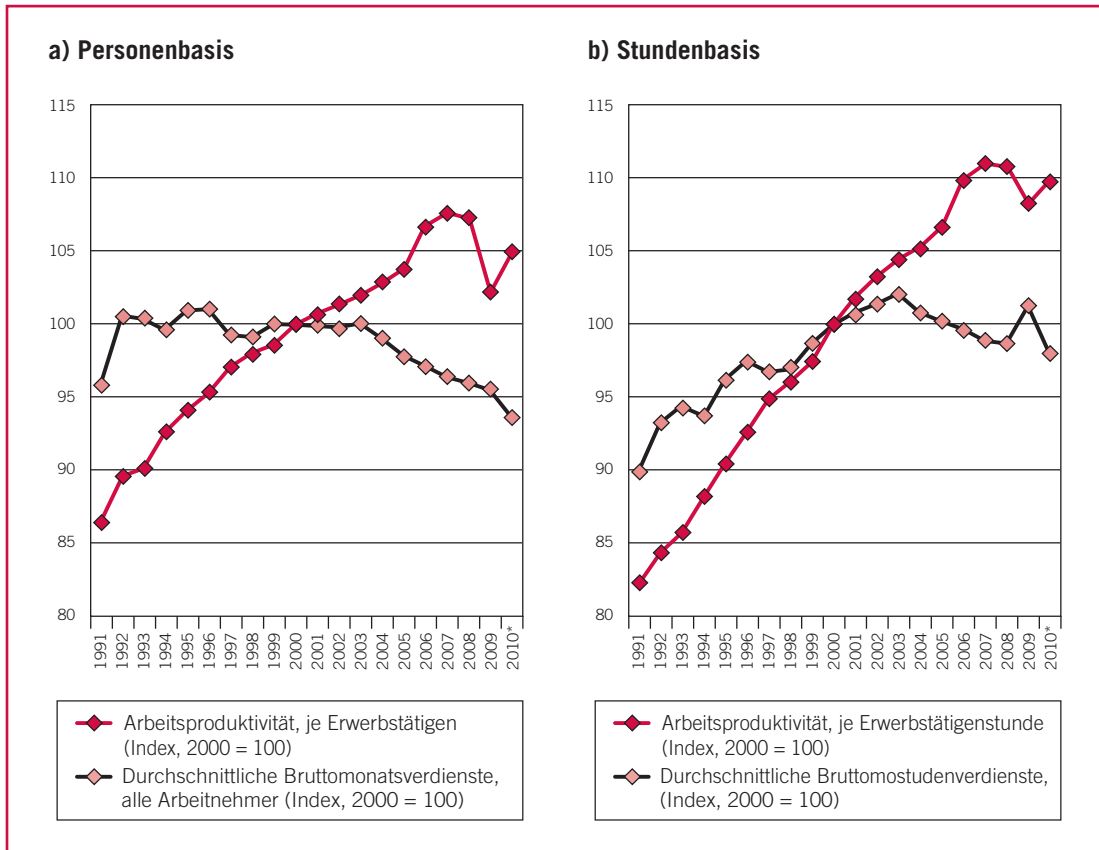
¹³ Da bei Berechnung der Arbeitsproduktivität auf Personenbasis das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt durch die Zahl aller Erwerbstätigen geteilt wird, ist der durchschnittliche Monatsverdienst aller Arbeitnehmer – und nicht nur der Vollzeitbeschäftigten – hier die geeignete Vergleichsbasis. Siehe auch die Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.5, Tabelle 1.13 (wobei in dieser Veröffentlichung die Arbeitsproduktivität im Unterschied zu den Verdiensten bereits preisbereinigt ist).

¹⁴ Vergleiche *Global Wage Report 2010/11*, Seite 18 ff. der englischen Ausgabe und Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik 3/2010*, Seite 237-247.

¹⁵ Nicht saisonbereinigt.

¹⁶ Siehe *Global Wage Report 2010/11*, Seite 22 ff. der englischen Ausgabe.

Abbildung 3. Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Verdiensten in Deutschland, 1991-2010*
(Index, 2000 = 100)



* Erstes bis drittes Quartal 2010, nicht saisonbereinigt.

Anmerkung: Inflationsbereinigt (Verbraucherpreisindex, 2005 = 100).

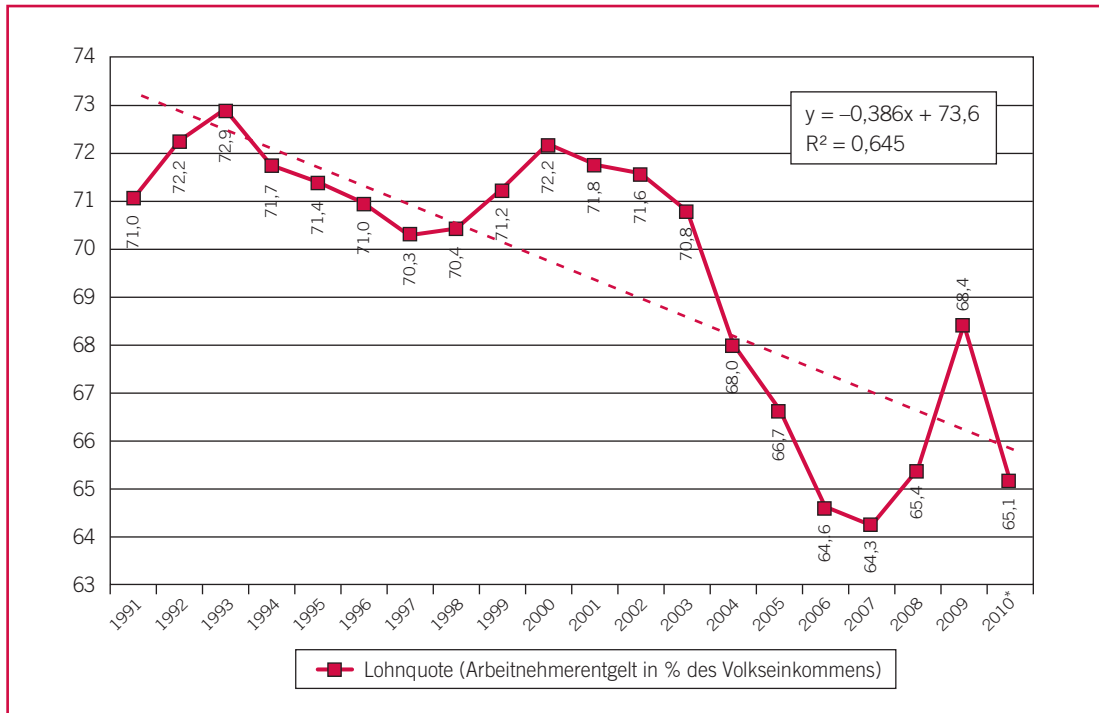
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnungen, Lange Reihen ab 1970* (Fachserie 18, Reihe 1.5) (Wiesbaden, August 2010), Tabelle 1.13; Statistisches Bundesamt, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnungen, Vierteljahresergebnisse* (Fachserie 18, Reihe 1.2) (Wiesbaden, August 2010), Tabelle 1.3; Statistisches Bundesamt, *Preise, Verbraucherpreise für Deutschland, Lange Reihen ab 1948* (Wiesbaden, Oktober 2010); Statistisches Bundesamt, *Preise, Verbraucherpreisindizes für Deutschland* (Fachserie 17, Reihe 7) (Wiesbaden, November 2010).

Befund ist unabhängig von verschiedenen Berechnungsweisen der Lohnquote,¹⁷ wobei Abbildung 4 auf den vom Statistischen Bundesamt verwendeten Ansatz zurückgreift.¹⁸ Die Daten zeigen ein deutliches Sinken der Lohnquote von 71,0 Prozent im Jahr 1991 bis zu einem vorläufigen Tiefpunkt von 64,3 Prozent im Jahr 2007, wobei es insbesondere ab 2003 zu einem deutlichen Rückgang kam.

Auffällig ist, dass die Lohnquote in Krisenzeiten jeweils ansteigt. Dieses zyklische Muster hat sich bereits 1992–93 und 2000–02 gezeigt und war auch im Jahr 2009 zu beobachten, als die Lohnquote vorübergehend auf 68,4 Prozent anstieg. Diese Schwankungen sind darauf zurückzuführen, dass die Unternehmensgewinne in

¹⁷ Siehe Global Wage Report 2010/11, Seite 97 der englischen Ausgabe.

¹⁸ Siehe z. B. in Statistisches Bundesamt, *Bruttoinlandsprodukt 2009, Wirtschaft und Statistik 1/2010*, Seite 13–28 (Tabelle 10).

Abbildung 4. Entwicklung der Lohnquote in Deutschland, 1991–2010*

* Erstes bis drittes Quartal 2010, nicht saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnungen, Lange Reihen ab 1970* (Fachserie 18 Reihe 1.5) (Wiesbaden, August 2010), Tabelle 1.3; Statistisches Bundesamt, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnungen, Vierteljahresergebnisse* (Fachserie 18, Reihe 1.2) (Wiesbaden August 2010), Tabelle 1.3; siehe auch Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik 1/2010*, Seite 13-28.

kunjunkturschwachen Zeiten stärker als das Volkseinkommen zurückgehen. Mit der Belebung der Konjunktur im Jahr 2010 sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen wieder sprunghaft gestiegen und parallel dazu ist die Lohnquote in den ersten drei Quartalen auf 65,1 Prozent zurückgefallen. Dies liegt im Bereich des langfristigen Trends einer Umschichtung des Volkseinkommens zugunsten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, der mit einem durchschnittlichen Rückgang der Lohnquote von 0,39 Prozentpunkten pro Jahr einhergeht (siehe Abbildung 4).

Kontakt:

ILO Vertretung in Deutschland
Karlplatz 7
D-10117 Berlin
Deutschland
Tel: +49 30 28 09 26 68
Fax: +49 30 28 04 64 40
E-mail: berlin@ilo.org

**ILO Regionalbüro für Europa
und Zentralasien**
4, route des Morillons
CH-1211 Genf 22
Schweiz
Tel: +41 22 799 6666
Fax: +41 22 799 6061
E-mail: europe@ilo.org

**ILO Conditions of Work and Employment
Programme (TRAVAIL)**
4, route des Morillons
CH-1211 Genf 22
Schweiz
Tel: +41 22 799 6754
Fax: +41 22 799 8451
E-mail: travail@ilo.org

Anhang 1. Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Verdiensten in Deutschland, 1991–2010*

Monatsbasis	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste, alle Arbeitnehmer (Index, 2000 = 100)	95,8	100,5	100,4	99,6	100,9	101,0	99,2	99,1	100,0	100,0
Arbeitsproduktivität, je Erwerbstätigen (Index, 2000 = 100)	86,5	89,8	90,2	92,7	94,3	95,5	97,3	98,1	98,7	100,0
Stundenbasis	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste (Index, 2000 = 100)	89,9	93,1	94,3	93,7	96,1	97,5	96,6	96,9	98,6	100,0
Arbeitsproduktivität, je Erwerbstätigenstunde (2000 = 100)	82,3	84,4	85,8	88,3	90,5	92,6	95,0	96,1	97,5	100,0
Monatsbasis	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010*
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste, alle Arbeitnehmer (Index, 2000 = 100)	99,9	99,8	100,0	99,0	97,8	97,1	96,4	96,0	95,5	93,7
Arbeitsproduktivität, je Erwerbstätigen (Index, 2000 = 100)	100,8	101,4	102,1	102,9	103,8	106,7	107,7	107,3	102,2	105,0
Stundenbasis	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010*
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste (Index, 2000 = 100)	100,8	101,3	102,0	100,7	100,1	99,6	98,7	98,6	101,1	98,0
Arbeitsproduktivität, je Erwerbstätigenstunde (2000 = 100)	101,8	103,3	104,5	105,2	106,7	109,9	111,0	110,8	108,3	109,9

* Erstes bis drittes Quartal 2010, nicht saisonbereinigt.

Anmerkung: Inflationsbereinigt (Verbraucherpreisindex, 2005 = 100).

Quellen: Siehe Abbildung 3.

Copyright © Internationale Arbeitsorganisation, 2010

Dieses Datenblatt ist keine amtliche Veröffentlichung der Internationalen Arbeitsorganisation, und in ihm vertretende Auffassungen spiegeln nicht unbedingt die Auffassungen des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) wider. Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten Bezeichnungen sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen. Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

Der Text kann unter Nennung der Quelle frei verbreitet werden.